

Privatisierung im gesellschaftlichen Kontext

Thesen

Donnerstag, 17. April 2008

DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69 – 77, Frankfurt am Main

Die Erfahrungen von Weimar haben gelehrt, dass wir beides – Rechtsstaat und Fürsorge – miteinander verbinden müssen. Soziale Grundlegung ist für die Demokratie unerlässlich. ... Soziale Sicherung gehört zur Grundausstattung aller Bürger in der Industriegesellschaft als sichtbarer Beweis praktizierter Solidarität.

Gustav Heinemann, 25 Jahre Grundgesetz, 24. 5.1974

1. Beim Thema Privatisierung geht es um das Verhältnis von Marktwirtschaft und Sozialstaat. Versagt der Staat, so ruft man nach Privatisierung, Deregulierung und mehr Markt. Versagt die Marktwirtschaft, so ruft man nach mehr Verstaatlichung. Darüber wird das eigentliche Thema vergessen: Wie wird gewährleistet, dass Solidarität in unserer Gesellschaft entsteht und gefestigt wird, wie es das Grundgesetz will – in den Einrichtungen der Zivilgesellschaft, von der Gewerkschaft über die Wohlfahrtsverbände bis hin zu den Kirchen? Nach Artikel 20 des Grundgesetzes ist die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Sozialer Ausgleich gehört also essentiell und untrennbar zur Demokratie dazu. Ausdruck dessen ist das Subsidiaritätsprinzip, das gewährleisten soll, dass den Menschen am Ort ihrer Existenz geholfen wird, wenn Hilfe vonnöten ist, und dass sie angesichts der Lebensrisiken (Armut, Arbeitslosigkeit, Alter, Krankheit) die Unterstützung der Solidargemeinschaft erfahren. Zum Subsidiaritätsprinzip gehört: menschenwürdiges Existenzminimum, Schaffung sozialer Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit, Sorge für soziale Sicherheit, Sicherung der wirtschaftlichen Teilhabe (gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht), Sicherung inmitten von Lebensrisiken.

2. Es geht also um die Frage, ob und inwieweit die öffentlichen Güter privatisiert werden dürfen, die zu Solidarität, Sozialstaat und Subsidiarität beitragen. Der Zugang zu Bildung, zu medizinischer Versorgung, zu objektiver Information über politische Prozesse, zu Kulturangeboten und zu demokratischen Institutionen – dieser Zugang ist entscheidend für Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Eine zunehmende Privatisierung in diesen Bereichen führt zu einer Spaltung der Gesellschaft und zu einer strukturellen Gefährdung des demokratischen Sozialstaates. Praktisch heißt das: Ein deutliches Qualitätsgefälle zwischen privaten Angeboten für Reiche und öffentlichen Angeboten für Ärmere – im Schulwesen, in der Universität, im Gesundheitswesen und in der Kranken- und Sozialversicherung – entsolidarisiert die Gesellschaft als Ganze.

3. Seit einem Vierteljahrhundert rollt eine Privatisierungswelle um die Erde. Sie erreicht alle Weltgegenden und dringt in alle Bereiche ein. Nichts scheint von der Wucht dieser Privatisierungswelle verschont zu sein. Die Privatisierung vertieft die Globalisierung nach innen. Während das Kapital unter dem Begriff der

„Globalisierung“ nach außen in alle Ecken der Erde ausgreift, durchdringt das Kapital durch die Privatisierung alle Ecken und Poren des gesellschaftlichen Lebens nach innen. Das frei vagabundierende Kapital sucht Anlagemöglichkeiten weltweit und nach innen immer Investitionsmöglichkeiten und muss deshalb alles in käufliche Waren umgestalten.

4. Die Privatisierungswellen, die seit Jahren die Welt überrollen, werden immer mit dem gleichen Argument begründet: Die öffentlichen Kassen sind leer. Leere Kassen sind nicht durch eine Naturkatastrophe entstanden, sondern sind leer gemacht worden durch eine gezielte Politik, die die Reichen und das Kapital schont. Nicht zuletzt durch die Politik der Steuersenkung sind die öffentlichen Hände in massive finanzielle Engpässe geraten, so dass der Verkauf öffentlicher Unternehmen oder die Übertragung öffentlicher Dienstleistungen an Private als geeignete Gelegenheit erscheinen, die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Am Ende herrscht der Sachzwang vor, man müsse doch schließlich sparen. So wird durch rigorose Einnahmekürzung eine Politik der leeren Kassen inszeniert, um anschließend mit dem Druck von leeren Kassen Politik machen zu können. Die Steuerpolitik hat vor allem die oberen Einkommensschichten und die Unternehmen begünstigt und entlastet. Diese können nun als private Investoren tätig werden und das freigewordene Kapital anlegen. Es liegen also massive ökonomische Interessen vor.

5. Das Liberalisierungsprogramm der EU, das neue Investitionschancen eröffnen soll, gibt der Privatisierungswelle einen geheuren Schub. Das Liberalisierungsprogramm erreicht alles: Ob Rente oder Gesundheitsversorgung – unter dem Motto der Eigenverantwortung findet eine Privatisierung und Individualisierung von sozialen Risiken statt. Überall gilt: Markt soll herrschen, genauer: Vom Wettbewerb wird erwartet, dass er einen Preisdruck erzeugt. Die Sozialwirtschaft hat sich in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Wirtschaftssektor mit erheblichen Wachstumspotenzialen entwickelt, den private Investoren als lukrativ entdeckt haben. Auch wenn dieser Prozess noch keineswegs abgeschlossen ist, so verfolgt doch die Europäische Union die Strategie, soziale Dienstleistungen wie jede andere Tätigkeit, die gegen Entgelt verrichtet wird, als „wirtschaftliche Tätigkeit“ zu werten und die Freie Wohlfahrtspflege kommerziell tätigen Unternehmen gleichzustellen. Dadurch wird deren Selbstverständnis als gemeinnützige Organisationen tendenziell infrage gestellt. Die EU-Vorgaben haben die Regeln auch für die Anbieter sozialer und gesundheitsbezogener Dienstleistungen liberalisiert und behandeln sie wie andere wirtschaftliche Tätigkeiten.

6. Privatisierung ist Abbau von Bürgerrechten. Güter werden zu einer Ware. Der Zugang zu dem Gut wird dann nicht mehr durch Rechte gesichert, die ein Bürger hat, sondern durch die Kaufkraft. Ein Bürger hat Rechte, ein Konsument und Käufer Geld. Aus dem Bürger wird ein Kunde. Ein Kunde hat Anspruch auf das, was er bezahlt. Doch ein Bürger hat Ansprüche gegenüber dem Staat. Bei der Privatisierung findet eine paradoxe Umwandlung statt. Der Bürger wird in einen Kunden verwandelt, weil man unterstellt, dass der Kunde besser behandelt wird als der Bürger. Bei der Privatisierung geht es nicht nur um eine Dienstleistung, die nun auch ein privates Unternehmen erbringt. Aus Bürgern werden Wirtschaftsbürger. Hier geschieht nicht weniger als die Umwandlung der gesamten Gesellschaft in ein Unternehmen. Im Kern geht es um die Gestaltung eines Gemeinwesens. Privatisierung ist Abbau von Solidarität und Bürgerrechten.

7. Privatisierung ist Entpolitisierung der Politik. Nicht mehr gewählte Parlamente und Politiker bestimmen die Gewährleistung sozialer Rechte, sondern der Markt – genauer: die Renditeerwartungen der Kapitalgeber. Wenn der Staat die Aufgaben an Private übertragen hat, dann kann er selbst weniger steuern. Eine Kommunalpolitikerin sagte mir vor kurzen: „Unsere Sitzungen werden immer kürzer – wir haben immer weniger zu beschließen“. Das Marktprinzip ist das Prinzip der organisierten Nicht-Verantwortlichkeit. Politiker, die die Privatisierung vorantreiben, betreiben Anti-Politik. Das ist aber eine höchst politische Doktrin: Sie ist Ausdruck dafür, den partikularen Interessen der privaten Kapitalakkumulation den Vorrang vor den Bedürfnissen eines Gemeinwohls einzuräumen. Privatisierung entpolitisiert die Politik und überlässt die Gestaltung des Gemeinwesens den Kapitalgebern.

8. Privatisierung ist private Anerkennung von öffentlichem und gesellschaftlichem Eigentum. Im Lateinischen kommt privat von privare = berauben. Gemeint ist der des sozialen Zusammenhangs Beraubte, Ausgegrenzte. Das Griechische wird noch deutlicher: Idiotis, steht für Privatmann und Geisteskranker. Der Private, der Idiot, ist also derjenige, der sich nur auf sich selbst beziehen kann und der sich aus sozialen Zusammenhängen ausschließt. Privatisierung ist in diesem Sinne eine Idiotisierung. Denn das Öffentliche, das Gemeinsame wird ersetzt durch das Private. In einem rasanten Tempo bringt das Internationale Kapital durch Hedge Fonds, Immobilienfonds, PublicPrivate Partnership immer mehr Anteile des Lebens unter seine Kontrolle. Nach Angaben der OECD wurden allein im Jahr 1997 mehr als 150 Mrd. US-Dollar an Vermögenswerten aus dem öffentlichen in den Privatsektor überführt.

9. Privatisierung bedeutet Ökonomisierung, genauer: Kommerzialisierung der Gesellschaft. Privatisierung ist die Ausrichtung gemeinschaftlicher Aufgaben auf die Gewinnerzielung. Die Effizienz, von der die Ökonomen reden, hat allein die Kosten im Blick, ist aber blind für soziale und ökologische Fragen. Die neue Moral lautet: Gut ist, was Gewinne macht. In Demokratien können Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen dadurch durchsetzen, dass sie Widerspruch anmelden. Sie können wählen und abwählen. Statt jedoch mit Widerspruch sich politisch für eine Änderung einzusetzen und soziale Rechte einzuklagen, kann der Wirtschaftsbürger nur den Anbieter wechseln, wenn er seine Bedürfnisse befriedigen will. Dies ist kein kleiner Unterschied, sondern markiert genau die Grenze: Anders als öffentliche Anbieter von öffentlichen Gütern sind die privaten Unternehmen nur ihren Geldgebern gegenüber verpflichtet, die natürlich berechtigtes Interesse haben, dass sich deren eingesetztes Kapital auch rentiert. Deshalb muss genauer gesagt werden: Privatisierung ist im Grunde die Ausrichtung der Gesellschaft nach den Interessen einer möglichst gewinnbringenden Kapitalanlage.

10. Ich fasse zusammen: Wir brauchen einen starken Staat, der gerade bei Privatisierungen Regeln setzt und sie auch kontrolliert. Privatisierung ist nichts für einen schlanken Staat. Es darf nicht privatisiert werden, was öffentliches Gut bleiben soll. Man sollte nicht ohne Not und nicht aus finanzieller Not privatisieren – und erst recht nicht aus ideologischen Gründen, die sagen, dass privat besser als staatlich ist. Der Staat muss nicht nur ein Rückkaufsrecht behalten, sondern er muss auch finanziell dazu in der Lage sein, es auszuüben. Wir brauchen die Entwicklung eines dritten Sektors zwischen Privatwirtschaft und dem Staat. Gerade dabei spielen die Wohlfahrtsverbände eine wichtige Rolle.

Der Schweizer Schriftsteller Jeremias Gotthelf hat in den Jahren 1843/44 einen zweiteiligen Roman geschrieben – mit dem Titel „Geld und Geist“. Es geht um den Streit und den Unfrieden um Geld im bäuerlichen Milieu. Aber es geht auch um die Frage, was Geistes Kind wir sind und in welchem Geist unsere Gesellschaft lebt und aus welchem Geist unsere Kultur kommt. Gotthelf sagt: Nur wo der Geist eine Heimat hat, kann das Geld zum Segen werden. Das ist die gute Botschaft des Romans. Nur wo die Gemeinschaft aus der Weisheit jener höheren Güte und Gerechtigkeit handelt, kann sie selbst zum Segen werden. Das heißt: Unsere Demokratie wird nur lebensfähig bleiben, wo sie im Geist des sozialen Ausgleichs lebendig wird und aus diesem Geist die Gesellschaft gestaltet. Was dies bedeutet, ist in einem Entwurf für die Schweizer Verfassung zu lesen: Die Stärke der Gesellschaft misst sich am Wohl der Schwachen. Das freilich ist etwas anderes als die öffentlichen Güter auf dem freien Markt zu verscherbeln und dem freien Spiel beliebiger Kräfte zu überlassen...

Pfarrer Dr. Wolfgang Gern

Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau
sowie Sprecher der Nationalen Armutskonferenz